



An

das Auswärtige Amt

Bundesministerin Annalena Baerbock

Werderscher Markt 1

10 117 Berlin

Göttingen, den 21. Februar 2022

Appell an die EU-Mitgliedstaaten anlässlich des Treffens der EU-Außenminister

Verhindern Sie einen neuen Krieg in Bosnien!

Sehr geehrte Frau Bundesministerin, sehr geehrte Frau Baerbock,

Bestärken Sie den Hohen Repräsentanten in Bosnien und Herzegowina, Christian Schmidt, in seinen Bemühungen, den Frieden in Bosnien und Herzegowina sowie die Souveränität und territoriale Integrität des Landes aufrechtzuerhalten!

Bosnien und Herzegowina steht 27 Jahre nach dem Krieg vor einer neuen, schweren Krise, die für die Zukunft des Landes und seine Bürger entscheidend sein könnte.

Der Plan zur Aushöhlung der Institutionen Bosnien und Herzegowinas und Zerschlagung des Landes, den die Regierungskoalition der Entität der Republika Srpska erstellt hat und derzeit in die Tat umsetzt, ist ein Angriff auf den bereits seit langem bestehenden Frieden, auf die verfassungsmäßige Ordnung, auf die Souveränität, die territoriale Integrität, sowie die seit 30 Jahren bestehende Unabhängigkeit Bosniens. Das Vorgehen der Republika Srpska ist eine Gefahr für Frieden, Stabilität und Sicherheit auf dem Westbalkan und in ganz Europa.

Innerlich wird das Land von serbischen und kroatischen Nationalisten bedroht. Unterstützung dafür erhalten sie vor allem von Russland und China, jedoch auch von EU-Staaten wie Ungarn, Polen, Slowenien und Kroatien. Der serbische Nationalistenführer Milorad Dodik möchte seinen Teilstaat, die Republika Srpska, von Bosnien abspalten und Serbien anschließen. Unterstützung findet er bei den kroatischen Nationalisten in Bosnien und Herzegowina sowie Kroatien, die sich aus diesem Szenario auch eine Abspaltung weiterer Gebiete und deren Anschluss an Kroatien erhoffen. Die prominentesten kroatischen Unterstützer dieser Politik sind Dragan Čović von der Partei HDZ (Kroatische Demokratische Union) und Zoran Milanović, der aktuelle Präsident Kroatiens.

Sie alle verfolgen ein Ziel: Sie wollen sich weitere Landesteile aneignen. Sie glauben, Europa sei mit der Ukraine beschäftigt, und wegen zahlreicher eigener Probleme nicht wirklich an der Lösung der Frage Bosniens interessiert. Daher scheint ihnen der Zeitpunkt günstig. Für Milorad Dodik geht es ums Überleben. Er hat Teile des Staatsbesitzes Bosnien und Herzegowinas internationalen Banken als Sicherheiten für ihre Kredite versprochen. Außerdem bangt er davor, dass er nach seinem Mandat als serbischer Vertreter im Präsidium von Bosnien und Herzegowina von der

Spendenkonto

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE07 2512 0510 0000 5060 70
BIC: BFSWDE33HAN

Geschäftskonto

Sparkasse Göttingen
IBAN: DE65 2605 0001 0000 0019 17
BIC: NOLADE21GOE

Eingetragener Verein

Eingetragen im Vereinsregister
des Amtsgerichts Göttingen
Vereinsregister Nr. 1804



Staatsanwaltschaft wegen zahlreicher Korruptionsaffären zur Rechenschaft gezogen wird.

Während Dodik, seine Komplizen und hochrangige Vertreter aus Serbien das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Serbien verletzen und die Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und Serbien gefährden, schadet der kroatische Präsident mit seiner Hetze und seinem Populismus den guten nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Kroatien und Bosnien.

Die EU muss nun konkrete Schritte unternehmen. Es genügt nicht, Milorad Dodik und seine Komplizen zu ermahnen und Kompromisse mit ihm einzugehen. Aus der Vergangenheit haben wir genügend Beweise dafür, dass diese Politik keinen Erfolg bringt und den Staat Bosnien und Herzegowina immer weiter schwächt.

Es ist höchste Zeit, dass die EU dem Beispiel der USA folgt und Sanktionen gegen Milorad Dodik und seine Partner verhängt. Es darf keinen weiteren Dialog mit ihm geben. Der kroatische Präsident muss ermahnt werden, seine Hetze zu beenden.

Gleichzeitig muss unverzüglich der Hohe Repräsentant in Bosnien und Herzegowina, Christian Schmidt, Unterstützung für den Einsatz seiner Bonner Befugnisse erhalten. Es ist unerträglich zu sehen, wie er selbst und sein Amt aus der Republika Srpska und Russland brüskiert werden und es keine Gegenschritte und Sanktionen seitens der internationalen Gemeinschaft und der EU dafür gibt.

Europa kann sich auf dem Balkan eine Politik des Nichtstuns nicht mehr leisten, denn es steht zu viel auf dem Spiel. Wenn nicht sofort konkrete Schritte gegen die Nationalisten in Bosnien und Herzegowina und ihre Partner im Ausland unternommen werden, könnte es wieder einmal zu spät sein.

Bosnien und Herzegowina war das größte Opfer des Zerfalls von Jugoslawien mit mindestens 150.000 Toten und über 2,2 Millionen Vertriebenen im Ausland, mit zerstörten Städten und Dörfern, Fabriken, Schulen, Strom- und Wasserleitungen, Straßen und vielem mehr. Der 1995 vom Westen initiierte, ungerechte Frieden hat dem Land keine Zukunftsaussichten gegeben. Wegen der ständigen Drohungen der aktuellen Führung der Republika Srpska mit der Abspaltung, der Leugnung von Völkermord, Huldigung und Verehrung der Täter steht Bosnien am Rande eines neuen Konfliktes. Wegen der ständigen Blockaden der Politiker aus der Republika Srpska gibt es seit Jahren keine Fortschritte auf dem EU- und NATO-Beitrittsweg und damit auch keine wirtschaftliche Entwicklung im Lande. Die reale Arbeitslosigkeit ist mit beinahe 40 Prozent die größte in ganz Europa, während Korruption und Vetternwirtschaft unter Politikern und Eliten blühen. Hunderttausende junger und gebildeter Menschen verlassen das Land in Richtung Westen.

Der Westen aber steht tief in der Schuld der überlebenden bosnischen Opfer – wegen seiner Tatenlosigkeit während des Krieges (1992-1995) und der Nichtverhinderung der Verbrechen, jedoch auch wegen des Friedensvertrags. Denn der belohnt die Täter und bestraft die Opfer. Er lähmt und blockiert das Land durch die Aufteilung und bietet keine Basis für die Wiederaufnahme einer demokratischen und gerechten Gesellschaft. Die Dayton-Verfassung ist heute zum Verhängnis der Menschen in Bosnien und

Herzegowina geworden. Sie bietet den Nationalisten eine gute Basis für ihre Abspaltungspolitik und ermöglicht ihnen, das Land funktionsunfähig zu machen.

Bitte beenden Sie diese Destabilisierung, die Aushöhlung und Zerschlagung eines souveränen Staates. Ermutigen Sie den Hohen Repräsentanten der internationalen Gemeinschaft, von seinen Befugnissen Gebrauch zu machen.

Greifen Sie endlich zu Sanktionen und geben Sie ein klares politisches Signal durch die verstärkte Präsenz von NATO/EUFOR-Truppen in Bosnien. Sonst könnte bald ein neuer Krieg mitten in Europa ausbrechen.

Wir danken Ihnen im Voraus und grüßen Sie ganz herzlich!

Roman Kühn, Direktor

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), Deutschland

Belma Zulčić, Direktorin

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)– Sektion Bosnien und Herzegowina

Kontakt: Jasna Causevic, Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), Deutschland

Referat Genozidprävention und Schutzverantwortung

Email: j.causevic@gfbv.de

Tel.015156086370